

Putinkritiker

Kritische Fragen zur Bewilligung für Chodorkowski

ST. GALLEN Der russische Unternehmer und Kremlkritiker Michail Chodorkowski beschäftigt nun auch die St. Galler Regierung. SP-Kantonsrat Peter Hartmann hat zur Aufenthaltsbewilligung für den 50-Jährigen in der Schweiz eine Einfache Anfrage eingereicht.

Der Ende 2013 aus der Haft entlassene Ölmagnat hatte im Kanton St. Gallen um eine Aufenthaltsbewilligung ersucht. Das Bundesamt für Migration (BFM) hat das Gesuch geprüft und Ende März genehmigt. Hartmann will nun von der St. Galler Regierung wissen, ab welchen Vermögenswerten Anträge auf Niederlassungsbewilligungen ausländischer Personen durch die Verwaltung und die Regierung im befürwortenden Sinne an den Bund weitergeleitet werden. Ausserdem fragt sich der Flawiler SP-Kantonsrat, ob Chodorkowski pauschal besteuert wird und ob es für den Kremlkritiker Auflagen bezüglich politischer Aktivitäten gibt.

Zur Familie nach Rapperswil

Chodorkowski will nach Angaben des BFM in Rapperswil-Jona Wohnsitz nehmen, weil dort seine Familie lebt und zwei seiner Kinder zur Schule gehen. Er verdiente im Ölgeschäft Milliarden und gilt als ehemals reichster Mann Russlands. Der Ölmagnat und Kritiker von Präsident Wladimir Putin war 2005 unter anderem wegen Steuerhinterziehung verurteilt worden und sass bis Ende 2013 in Haft.

Im Rahmen eines Rechtshilfege-suchs aus Russland hatte die Bundesanwaltschaft 2004 ein Vermögen von 6,2 Milliarden Franken von Chodorkowskis inzwischen zerschlagenem Yukoskonzern auf fünf Banken in der Schweiz eingefroren. Gegen diese Massnahme reichten Chodorkowski und seine Mitstreiter erfolgreich Beschwerde ein. (sda)

Journal

2013 wurden weniger Kinder und Jugendliche verurteilt

BERN Im vergangenen Jahr sind in der Schweiz 13073 Strafurteile gegen Minderjährige ausgesprochen worden. Das sind 157 Urteile weniger als im Vorjahr, wie das Bundesamt für Statistik schreibt. Drogenkonsum, Diebstahl und Sachbeschädigung waren die häufigsten Straftaten. Der Anteil der verurteilten Kinder nahm im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozent ab: Nur ein knapper Fünftel der Verurteilten war unter 15 Jahre alt. Vier von fünf verurteilten Jugendlichen sind Männer. Der Anteil der schweizerischen Jugendstraftäter blieb mit 66 Prozent konstant. Die Jugendlichen wurden hauptsächlich zu persönlichen Leistungen verurteilt.

Unternehmer bekämpfen die Erbschaftssteuer-Initiative

BERN Das Stimmvolk wird erst nächstes Jahr über die Erbschaftssteuer-Initiative befinden. Die Wirtschaft bringt sich jedoch bereits jetzt in Stellung. Gestern hat eine Unternehmergruppe Argumente gegen die Initiative präsentiert. Ziel sei, frühzeitig mit der «Aufklärung» zu beginnen, sagte Hans-Jörg Bertschi vom gleichnamigen Unternehmen. Ein Ja zur Initiative würde dem Werkplatz Schweiz schaden. Die Unternehmer befürchten insbesondere, dass eine nationale Erbschaftssteuer die Nachfolgeregelung in kleineren und mittleren Unternehmen erschweren würde. Die Volksinitiative sieht vor, dass der Bund Erbschaften und Schenkungen mit 20 Prozent besteuert. Es gälte ein Freibetrag von 2 Millionen Franken. Die Einnahmen kämen zu zwei Dritteln der AHV und zu einem Drittel den Kantonen zugute.

«Hier gibt es keine Denkverbote»

Die Äusserungen von Thomas Hurter zu einem Plan B beim Gripen schlagen hohe Wellen. Nun nimmt der Schaffhauser Nationalrat Stellung.

VON **VANESSA BUFF**

Herr Hurter, Bundesrat Ueli Maurer betont stets, dass ein Nein zum Gripen gleichbedeutend ist mit einem Nein zur Armee. Nun sagen Sie, bei der Abstimmung gehe es lediglich um eine Finanzierungsfrage. Warum dieses Manöver gegen den eigenen Bundesrat?

Thomas Hurter: Das ist überhaupt kein Manöver gegen den Bundesrat ...

... aber gegen seine Argumentation ...

Hurter: Seine Argumentation spielt in diesem Fall keine Rolle, sondern die eigentliche Abstimmungsfrage, und diese dreht sich ganz klar um die Finanzierung. Die Stimmbevölkerung hat bisher immer Ja gesagt zur Schweizer Armee und zur Luftwaffe. Darum ist es völlig logisch, dass man auch nach einem allfälligen Nein zum Gripen überlegen muss, wie es mit der Luftwaffe weitergeht. Es ist legitim, da Alternativen aufzuzeigen – nicht zuletzt, weil auch Ueli Maurer selbst vergangene Woche das Mieten von Flugzeugen als Variante angesprochen hat. Im Übrigen habe ich all diese Punkte schon vor Monaten geäussert, und nun heisst es plötzlich, ich wolle den Volkswillen umgehen. Das ist überhaupt nicht so.

Ein Nein zum Gripen könnte auch so interpretiert werden, dass man die Hände von neuen Kampffjets lassen sollte. Woher wollen Sie wissen, dass dem nicht so ist?

Hurter: Wir haben in den vergangenen Jahren vielfach über die Armee abgestimmt, erst letztes Jahr beispielsweise über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Das Volk hat sich dabei immer klar zur Armee bekennt.

Eine Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht, die darüber hinaus kein alternatives Modell vorschlug, ist doch etwas anderes als ein Entscheid über den Kauf von Kampfflugzeugen.

Hurter: Wenn Sie es schon so genau nehmen wollen, dann müssen Sie aber auch genau bei der jetzigen Vorlage sein. Wir pochen schliesslich immer



Beim schwedischen Gripenhersteller Saab in Linköping demonstriert man Einigkeit.

Bild Key

auf die klare Umsetzung von Volksentscheiden, also soll man nun auch beim Gripen mit der gleichen Elle messen. Denn da geht es um die Frage, ob die Stimmbürger Ja zum Gripenfondsgesetz sagen wollen oder nicht. Es steht aber nirgendwo die Frage, Kampffjets ja oder nein – das war eine Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, die sie aber zurückgezogen hat. Die Gegner machen aus der Abstimmung eine Grundsatzfrage.

Genau wie Ueli Maurer.

Hurter: Ich kommentiere die Argumentation von Bundesrat Maurer nicht. Technisch gesehen, ist die Vorlage eine reine Finanzierungsvorlage. Bei anderen Geschäften wollte man dieses Finanzreferendum nicht, die Entwicklungshilfe beispielsweise wurde erhöht, ohne dass das Volk darüber abstimmen konnte. Und ausgerechnet bei dieser Abstimmung ist das nun anders, das ist als Zeichen für die Zukunft sehr heikel, jedoch nicht mehr zu ändern. Aber nochmals: Wenn es ein Nein gäbe – was ich nicht hoffe –, dann müssten wir uns überlegen, welche Alternativen es für die Erneuerung der Luftwaffe geben könnte. Dazu gehören die Möglichkeiten, die ich angesprochen habe: Wir beschaffen die Flugzeuge in kleineren Tranchen und finanzieren

sie über das normale Rüstungsprogramm, wie wir das bisher getan haben. Das hätte den Vorteil, dass die Zeit vom Entscheid bis zur eigentlichen Beschaffung massiv verkürzt werden könnte.

Das VBS distanzierte sich am Sonntag mit einem Communiqué von Ihren Vorschlägen. Unter anderem hiess es, die endgültige Grösse der Flotte würde so zu klein ausfallen. Was stimmt denn nun?

Hurter: Wir müssen doch nicht jetzt schon über endgültige Zahlen diskutieren, das ist völlig falsch! Das Einzige, was ich angesprochen habe, ist die Beschaffung in kleineren Tranchen. Dadurch könnte man auf die Zukunft flexibler reagieren und müsste unmittelbar weniger Geld aufwenden. Mir geht es darum, Wege aufzuzeigen, wie die Luftwaffe erneuert werden kann. Wenn man das nicht mehr darf, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. In der Schweiz gibt es doch kein Denkverbot.

Auch wenn es der Linie der eigenen Partei entgegensteht – die ja darüber hinaus auch den Kampagnenlead hat?

Hurter: Ja, bin ich denn ein Parteil soldat? Ich bin nicht zuletzt in Bern, um mir meine eigenen Gedanken zu machen und mich für meinen Kanton und die Schweiz einzusetzen. Zudem darf man als Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission durchaus eine Meinung zu dem Thema abgeben. Das gehört zur Demokratie dazu.

Gripenkauf Ein Plan B und die geharnischten Reaktionen darauf

SCHAFFHAUSEN Am 18. Mai stimmt das Volk über einen Fonds ab, der den Kauf von 22 neuen Gripenkampffjets ermöglichen soll. Am vergangenen Sonntag äusserte sich der Schaffhauser Nationalrat und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, Thomas Hurter, zu einem möglichen Vorgehen für den Fall, dass der Bundesrat die Abstimmung verliert (siehe SN von gestern). Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) verschickte daraufhin ein Communiqué, in dem es sich von den Vorschlägen Hurters distanzierte. Auch das überparteiliche Komitee «Ja zum Gripen» reagierte: «Dieses Vorgehen im Sinne eines Plans B wäre eine Umgehung des Volkswillens. Hierzu bietet das überparteiliche Komitee nicht Hand», heisst es in einer Medienmitteilung von gestern. (vbu)



Thomas Hurter
Nationalrat (SVP/SH),
Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission

Winzer und Politiker bekämpfen Franz Webers neue Volksinitiative

Im Waadtland wehrt sich ein überparteiliches Komitee gegen eine Initiative, die das Lavaux retten will. Kritiker sagen, sie verhindere jegliche Neuerungen.

LAUSANNE Der kantonale Volksinitiative «Saver Lavaux III» stellt sich im Kanton Waadt eine breite Front entgegen. Politiker von links bis rechts lancierten die Kampagne für den Gegenvorschlag zur Initiative, die aus ihrer Sicht jegliche Entwicklung des bekannten Weinbaugebiets verbietet.

Über die Volksinitiative und den Gegenvorschlag stimmt das Waadtländer Stimmvolk am 18. Mai ab. Franz Webers Volksinitiative will den Land-

schaftsschutz noch weiter ausdehnen und keinerlei Bautätigkeit in der geschützten Zone mehr erlauben. Der Waadtländer Regierung und dem Kantonsparlament ging die Initiative zu weit. Der Grosse Rat stimmte einem Gegenvorschlag zu.

Die Initiative verbiete jegliche Neuerung, sagte gestern SP-Nationalrat Jean Christophe Schwaab in Aran VD. Das Lavaux werde zu einer Art «Ballenberg» gemacht, wenn die Bevölkerung die Volksinitiative des Umweltschützers Franz Weber annehme. Er kenne keine fünf Winzer, die hinter der Initiative stünden, hielt der Waadtländer FDP-Grossrat Maurice Neyroud fest, der selber Winzer ist. Er bezeichnete die von Franz Weber angeprangerte Immobilienspekulation im Lavaux als «erfunden». Die Weinbranche sei wegen der tiefen Preise, des rückläufigen

Weinkonsums und Einschränkungen für Winzer unter Druck, sagte Neyroud. Der Gegenvorschlag will die Bauzonen in den Gemeinden innert fünf Jahren von 40 auf 20 bis 25 Hektaren reduzieren. Er sieht zudem Hilfen an die Winzer vor, etwa für den Unterhalt der Mauern der Weinbauterrassen.

Das Waadtländer Stimmvolk entscheidet zum dritten Mal über den Schutz des als Unesco-Weltkulturerbe anerkannten Weinbaugebietes. Weber schaffte 1977 mit einer ersten Initiative, dass der Schutz des Lavaux in die Waadtländer Verfassung aufgenommen wurde. Als der Schutz aus der Verfassung gestrichen wurde, lancierte er eine zweite Initiative, die 2005 angenommen wurde. Bei seiner Medienkonferenz zur dritten Volksinitiative waren keine Politiker, aber WWF und Pro Natura anwesend. (sda)

15 Personen beim Fall Fehr im Fokus

ZÜRICH Die Ermittlungen im Fall der Putzfrau von SVP-Nationalrat Hans Fehr und seiner Frau sind ausgeweitet worden. 15 statt wie bisher bekannt sechs Personen sind darin involviert. Die serbische Asylbewerberin soll schwarz beschäftigt worden sein. Die Staatsanwaltschaft klärt die Frage der Zuständigkeit ab. Die polizeilichen Ermittlungen seien abgeschlossen, teilte Corinne Bouvard, Sprecherin der Zürcher Oberstaatsanwaltschaft, mit. Sie bestätigte eine Meldung der «NZZ am Sonntag». Das Verfahren richte sich gegen die 32-jährige Asylsuchende sowie 14 Arbeitgebende, sagte Bouvard. Neben dem Ehepaar Fehr hatte gemäss Oberstaatsanwaltschaft etwa auch der Bülacher Gerichtspräsident Rainer Hohler (SP) die Frau als Arbeitshilfe beschäftigt. Nachdem der Fall publik geworden war, hatte sich das Ehepaar Fehr dafür entschuldigt, dass es versäumt habe, der Frau Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten. (sda)